Deutscher Bundestag **Drucksache 19/6560**

19. Wahlperiode 17.12.2018

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union (21. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Norbert Kleinwächter, Dr. Lothar Maier, Dr. Harald Weyel, Hansjörg Müller, Siegbert Droese, Corinna Miazga, Martin Hebner, Joana Cotar, Enrico Komning, Dr. Robby Schlund und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/2534 –

Elysée als Vorbild – Für ein Europa der Zusammenarbeit souveräner Nationen

A. Problem

Die Antragsteller konstatieren, dass sich die Europäische Union (EU) aktuell in der tiefsten Krise seit dem Ende des Kalten Krieges befinde. Ansätze einer zunehmend integrierten EU scheiterten an den politischen und wirtschaftlichen Realitäten.

Weder der 1963 unterzeichnete deutsch-französische Freundschaftsvertrag noch die vor 60 Jahren durch die Römischen Verträge errichtete Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) hätten Eingriffe in die Souveränität der Staaten vorgesehen. Mit dem im Vertrag von Maastricht formulierten Ziel der Wirtschafts- und Währungsunion und den wachsenden Zuständigkeiten der Union, die über die Belange des Binnenmarktes und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit hinausgingen, hätten sich Charakter und Zielsetzung der Union geändert. In der Folge habe sich die EU von den Bürgern, den politischen Notwendigkeiten und der Vernunft entfernt. Aus einer EWG, die Frieden, Zusammenarbeit und Wohlstand geschaffen habe, sei eine Europäische Union geworden, die die europäischen Volkswirtschaften und die europäische Zusammenarbeit eher geschwächt als gefördert habe. Die EU habe sich von einer Gemeinschaft der konstruktiven Zusammenarbeit in eine Schicksals- und Haftungsgemeinschaft gewandelt, in der Staaten für die Fehler anderer Staaten einstehen sollten. Das Vertrauen in die Institutionen und die Regelwerke der EU habe gelitten und sei teilweise irreparabel zerstört.

Der Schutz der europäischen Zusammenarbeit habe Vorrang vor den inzwischen entwickelten europäischen Regelwerke und Institutionen, soweit diese zu Zerwürfnissen zwischen den Mitgliedern führten. Es sei an der Zeit, falsche Politikansätze aufzugeben und die EU völlig neu zu strukturieren. Der Antrag formuliert Vorschläge für eine solche Politik, die den Austausch fördere und auf die

Koordinierung der rechtlichen Gegebenheiten in den Mitgliedstaaten hinwirke, ohne dabei in nationale Souveränität einzugreifen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, gemeinsam mit Frankreich und den anderen europäischen Partnern diese Vorschläge ins Zentrum der Diskussion über die Reform der EU zu stellen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 19/2534 abzulehnen.

Berlin, den 12. Dezember 2018

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Gunther Krichbaum
Vorsitzender

Andreas Jung
Berichterstatter

Christian Petry
Berichterstatter

Norbert Kleinwächter
Berichterstatter

Michael Georg Link (Heilbronn)
Berichterstatter

Andrej Hunko
Berichterstatter

Dr. Franziska Brantner
Berichterstatterin

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Andreas Jung, Christian Petry, Norbert Kleinwächter, Michael Georg Link (Heilbronn), Andrej Hunko und Dr. Franziska Brantner

I. Überweisung

Die Vorlage auf **Drucksache 19/2534** wurde in der 36. Sitzung des Deutschen Bundestages am 7. Juni 2018 an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Federführung sowie an den Finanzausschuss und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, sich für ein Europa der Zusammenarbeit souveräner Nationen einzusetzen, in den Verhandlungen zur Reform der EU gemeinsam mit Frankreich und den europäischen Partnern einen grundlegend neuen Ansatz zu verfolgen und dabei folgende Vorschläge ins Zentrum der Diskussion zu stellen:

- Reduzierung der Kompetenzen der EU und Betonung der nationalen Souveränität

- Reduzierung des EU-Budgets auf 0,2 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE)

- Förderung der kooperativen Zusammenarbeit und des Dialogs statt erzwungener wechselseitiger Unterstützung

- Ermöglichung eines weitgehend freien Verkehrs von Personen, Gütern und Finanzmitteln soweit die Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen der Mitgliedstaaten gewährleistet bleiben, u.a. durch Verhinderung von Migration in die Sozialsysteme und von Lohndumping, Austrocknung von Steueroasen, Neuverhandlung des Schengen-Abkommens und alleiniger Verantwortung der Mitgliedstaaten für Entscheidungen über Asyl und Migration.

- möglichst baldiger Abbau der Target2-Salden

- Abwicklung des Euro, Beendigung der Währungsunion.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat in seiner 20. Sitzung am 7. November 2018 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung der Vorlage empfohlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 25. Sitzung am 7. November 2018 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung der Vorlage empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 19/2534 in seiner 19. Sitzung am 07. November 2018 aufgerufen und vertagt. In seiner 23. Sitzung am 12. Dezember 2018 hat der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union den Antrag ohne Aussprache abschließend beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Berlin, den 12. Dezember 2018

Andreas Jung
Berichterstatter

Christian Petry
Berichterstatter

Norbert Kleinwächter
Berichterstatter

Michael Georg Link (Heilbronn)
Berichterstatter

Andrej Hunko
Berichterstatter

Dr. Franziska Brantner
Berichterstatterin

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.